

Themen:

1. Entscheidung des Bundesgerichtshof: Schadensersatz wegen nachträglich verlängerter Sicherungsverwahrung
2. UNO kritisiert deutsche Menschenrechtslage - Regierung verspricht Besserung
3. Erste Zahlen zur Anwendung des Warnschussarrests
4. Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter

1. Entscheidung des Bundesgerichtshof: Schadensersatz wegen nachträglich verlängerter Sicherungsverwahrung

Der III. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe hat am 19.09.2013 auf der Grundlage der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Bundesverfassungsgerichts entschieden, dass das Land Baden-Württemberg vier Straftätern Schadensersatz wegen nachträglich verlängerter Sicherungsverwahrung zahlen muss. Die Entschädigungen belaufen sich auf 49.000 € und 73.000 €. Weitere Entschädigungen von Betroffenen werden nun auch in anderen Bundesländern eingeklagt werden können. [Information](#)

2. UNO kritisiert deutsche Menschenrechtslage - Regierung verspricht Besserung

Deutschland hat nach Ansicht der Vereinten Nationen Defizite beim Schutz der Menschenrechte. Der UN-Menschenrechtsrat kritisiert insbesondere die Diskriminierung von Migranten. Erwartungsgemäß gab es erhebliche Kritik an den fehlerhaften Ermittlungen deutscher Sicherheitsbehörden zur Mordserie des "Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU). Der UN-Botschafter der Türkei erklärte, drei Millionen in Deutschland lebende Türken seien angesichts "zunehmender Ausländerfeindlichkeit" sowie der NSU-Morde "in wachsendem Maße verunsichert". [Information](#)

3. Erste Zahlen zur Anwendung des Warnschussarrests

Seit März 2013 ist im Jugendstrafrecht der sogenannte Warnschussarrest möglich. Der mit großen Erwartungen eingeführte Warnschussarrest wird außerhalb von Bayern kaum verhängt. In NRW wird das neue Sanktionsinstrument wenig genutzt. Das ergab eine Umfrage der Rheinischen Post unter den Landesjustizministerien. Danach wurden in den ersten Monaten (März - Juli) insgesamt bundesweit knapp 70 Verurteilungen gemeldet - davon 28 Fälle in Bayern. Viele Bundesländer verzeichneten nur einzelne oder gar keine Arreste. [Information](#)

4. Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter

Als neue Mitglieder der nationalen Stelle wurden Dr. Helmut Roos - ehemals Hessisches Ministerium der Justiz, Abteilungsleiter Strafvollzug - und Michael Thewalt - bis 2011 Leiter der JVA Köln - berufen. Die nationale Stelle zur Verhütung von Folter ist eine unabhängige Einrichtung zur Prävention von Folter und Misshandlung in Deutschland. Die Nationale Stelle vereint unter ihrem Dach die Bundesstelle zur Verhütung von Folter und die Länderkommission zur Verhütung von Folter. Ihre Einrichtung beruht auf dem Zusatzprotokoll zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. [Information](#)

Sie können den dbh-newsletter kostenfrei [bestellen](#) und [abbestellen](#). Bitte geben Sie Ihre E-Mail-Adresse an, mit der Sie sich eingetragen haben. Verantwortlich für den Inhalt: [Peter Reckling](#).

DBH - Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

Aachener Straße 1064, 50858 Köln, Tel. 0221 / 94 86 51 20, Fax 0221 / 94 86 51 21

Internet:

<http://www.dbh-online.de/>
<http://www.projekt-lotse.de/>
<http://www.toa-servicebuero.de/>
<http://www.bewhi.de/>
DBH-Bundestagung
<http://www.dbh-online.de/buta>

Bewährungshelfer-Tag
<http://www.bewaehrungshilfe.net/>
Übergangsmanagement
<http://www.uebergm.de/>
Deutscher Präventionstag
<http://www.praeventionstag.de/>

